

# Stenographisches Protokoll

434. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Dienstag, 31. Mai 1983

## Tagesordnung

1. Wahl eines Ordners für den Rest des 1. Halbjahres 1983
2. Erklärung der Bundesregierung
3. Ausschußergänzungswahlen

## Inhalt

### Bundesrat

Mandatsniederlegung der Bundesräte Elisabeth Dittrich, Dkfm. Dr. Stummvoll (Wien); Ing. Helbich, Lakitsch (Oberösterreich); Dr. Lindi Kalnoky (Steiermark); Stocker und Windsteig (Niederösterreich) (S. 16836)

Angelobung der Bundesräte Rosemarie Bauer, Theodora Konecny (Niederösterreich); Holzinger, Edith Paischer (Oberösterreich); DDr. Stepantschitz (Steiermark); Dr. Erika Danzinger, Heller, Dkfm. Hintschig, Dr. h.c. Mautner-Markhof, Nürnberger, Dr. Ogris, Dkfm. Dr. Pisec, Schmölz, Sommer, Strutzenberger, Suttner und Tmej (Wien) (S. 16836)

Schreiben der Landtage betreffend Mandatsveränderungen im Bundesrat (S. 16836 u. S. 16844)

Verzichtserklärung des Bundesrates Dkfm. Dr. Stummvoll (S. 16836 und S. 16846)

Anfrage der Staatsanwaltschaft Klagenfurt betreffend die Erteilung der Ermächtigung durch den Bundesrat zur Strafverfolgung wegen einer öffentlichen Beleidigung der Landeskammer (S. 16843)

Wahl eines Ordners für den Rest des 1. Halbjahres 1983 (S. 16837)

### Personalien

Entschuldigungen (S. 16836)

### Bundesregierung

Erklärung der Bundesregierung

Bundeskanzler Dr. Sinowatz (S. 16837)

Beschluß auf Debatte (S. 16843)

Zuschriften des Bundeskanzleramtes:

Amtsenthörung der Bundesregierung und Betrauung mit der Fortführung der Geschäfte (S. 16836 u. S. 16847)

Amtsenthörung der mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Bundesregierung (S. 16836 u. S. 16847)

Ernennung der neuen Bundesregierung (S. 16836 und 16847)

### Ausschüsse

Zuweisungen (S. 16843)

Ausschüßergänzungswahlen (S. 16843) — Verzeichnis der neu- bzw. wiederbesetzten Ausschüßmandate (S. 16848)

## Eingebracht wurden

### Außenpolitischer Bericht

der Bundesregierung über das Jahr 1982 (III-77 d. B.) (S. 16843)

### Anfrage

der Bundesräte Dkfm. Dr. Pisec und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Erhöhung der Wertgrenzen für den Textileinfuhrschein (472/J-BR/83)

## Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Bundesräte Dkfm. Dr. Stummvoll und Genossen (426/AB-BR/83 zu 466/J-BR/83)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Bundesräte Dr. Erika Danzinger und Genossen (427/AB-BR/83 zu 468/J-BR/83)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Bundesräte Weiss und Genossen (428/AB-BR/83 zu 469/J-BR/83)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Bundesräte Dr. Erika Danzinger und Genossen (429/AB-BR/83 zu 471/J-BR/83)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Bundesräte Dr. Schwaiger und Genossen (430/AB-BR/83 zu 470/J-BR/83)

## Beginn der Sitzung: 15 Uhr

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck**:  
Ich eröffne die 434. Sitzung des Bundesrates.

Das Protokoll der 433. Sitzung des Bundesrates vom 10. März 1983 ist aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Entschuldigt haben sich die Bundesräte Ing. Eder, Dr. Hoess, Dr. Piaty und Pumpernig sowie unser Vorsitzender Tratter, der sich leider in Spitalsbehandlung begeben mußte. Ich setze das Einverständnis beider Fraktionen des Bundesrates voraus, daß ich mir erlauben darf, im Namen aller Mitglieder des Bundesrates dem Herrn Vorsitzenden aufrichtige Genesungswünsche zu übermitteln.

Ich begrüße den im Hause erschienenen Herrn Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz und die mit ihm gekommenen Minister und Staatssekretäre der Bundesregierung. (*Allgemeiner Beifall.*)

### Angelobungen

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck**: Infolge von Mandatsverzichten beziehungsweise auf Grund der vom Wiener Landtag durchgeführten Neuwahlen sind folgende bisherige Mitglieder des Bundesrates ausgeschieden: Elisabeth Dittrich, Ing. Leopold Helbich, Dr. Lindi Kalnoky, Max Lakitsch, Franz Stocker, Dkfm. Dr. Günter Stummvoll und Johann Windsteig.

Neu- beziehungsweise wiedergewählt wurden von den zuständigen Landtagen: Rosemarie Bauer, Dr. Erika Danzinger, Kurt Heller, Dkfm. Alfred Hintschig, Erich Holzinger, Theodora Konecny, Dr. h. c. Manfred Mautner-Markhof, Rudolf Nürnberger, Dr. Harald Ogris, Edith Paischer, Dkfm. Dr. Karl Pisec, Johann Schmölz, Rudolf Sommer, DDr. Gerd Stepantschitz, Walter Strutzenberger, Reinhold Suttner und Norbert Tmej.

Von einer Verlesung der diesbezüglichen Noten der Landtage, die auch die Bestellung von Ersatzmitgliedern enthalten, sehe ich ausnahmsweise ab. Der volle Wortlaut dieser Schreiben und einer Verzichtserklärung von Dkfm. Dr. Günter Stummvoll wird jedoch in das Stenographische Protokoll der heutigen Sitzung aufgenommen werden.

Die neuen beziehungsweise wiedergewählten Mitglieder des Bundesrates sind im Hause anwesend. Ich werde daher sogleich ihre Angelobung vornehmen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch die Frau Schriftführer werden die Bundesräte über Namensaufruf die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche die Frau Schriftführer um Verlesung der Gelöbnisformel und anschließend um den Namensaufruf.

*(Schriftführer Leopoldine Pohl verliest die Gelöbnisformel. — Die Bundesräte Rosemarie Bauer, Dr. Erika Danzinger, Heller, Dkfm. Hintschig, Holzinger, Theodora Konecny, Dr. h. c. Mautner-Markhof, Nürnberger, Dr. Ogris, Edith Paischer, Dkfm. Dr. Pisec, Schmölz, Sommer, DDr. Stepantschitz, Strutzenberger, Suttner und Tmej leisten die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck**: Ich begrüße die neuen beziehungsweise wiedergewählten Mitglieder des Bundesrates recht herzlich in unserer Mitte. (*Allgemeiner Beifall.*)

### Einlauf

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck**: Eingelangt sind ferner Schreiben von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky betreffend die Amtsenthebung und einstweilige Fortführung der Geschäfte durch die vormalige Bundesregierung sowie von Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz betreffend die endgültige Amtsenthebung der vormaligen Bundesregierung und die Ernennung einer neuen Bundesregierung.

Ich nehme auch in diesem Falle ausnahmsweise von einer Verlesung dieser Noten Abstand. Der volle Text wird jedoch ebenfalls dem Stenographischen Protokoll der heutigen Sitzung angeschlossen werden.

Eingelangt sind weiters fünf Anfragebeantwortungen, die den Fragestellern übermittelt wurden.

Die Anfragebeantwortungen wurden vielfältig und auch an alle übrigen Mitglieder des Bundesrates verteilt.

### 1. Punkt: Wahl eines Ordners für den Rest des 1. Halbjahres 1983

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Wahl eines Ordners für den Rest des 1. Halbjahres 1983.

Diese Wahl ist durch die Berufung des bisherigen Mitgliedes des Bundesrates Franz Stocker in den Nationalrat notwendig geworden.

Wird die Durchführung der Wahl mittels Stimmzettel gewünscht? — Es ist dies nicht der Fall. Ich werde daher die Wahl des Ordners durch Handzeichen vornehmen lassen.

Es liegt mir der Vorschlag vor, für den Rest des 1. Halbjahres 1983 Bundesrat Jürgen Weiss zum Ordner zu wählen.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. — Dies ist die Stimmeneinhelligkeit.

Der Wahlvorschlag ist somit angenommen. Ich frage den Gewählten, ob er die Wahl annimmt? (*Bundesrat Weiss: Ich nehme die Wahl an!*)

### 2. Punkt: Erklärung der Bundesregierung

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Erklärung der Bundesregierung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile ihm dieses.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Ich berichte Ihnen, daß ich am Vormittag dem Nationalrat die Regierungserklärung vorgetragen habe, und ich freue mich darüber, daß ich heute auch der zweiten Kammer, dem Bundesrat, über die Richtlinien und über die Grundgedanken der Regierungserklärung Mitteilung machen kann.

Am 24. April dieses Jahres haben die Nationalratswahlen stattgefunden, und schon am 24. Mai konnte die neue Bundesregierung vom Bundespräsidenten angelobt werden.

Die Regierungsbildung ist also rascher und friktionsfreier vor sich gegangen, als das bei allen Koalitionsregierungen seit 1945 der Fall

gewesen ist. Ich fasse das als einen guten Auftakt auf für die Arbeit, die vor uns steht.

Im Zusammenhang mit dem Ergebnis der Nationalratswahlen liegt mir wirklich daran, darauf aufmerksam zu machen, daß wir in Österreich wieder eine sehr hohe Wahlbeteiligung verzeichnen konnten. Fast 93 Prozent aller Wahlberechtigten sind zur Wahlurne gegangen.

Ich glaube, daß man damit eines festhalten kann: daß alle Behauptungen von der Demokratieermüdung und von der Staatsverdrossenheit in Österreich zumindest nicht untermauert werden durch diese außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung, die wir in Österreich wieder zu verzeichnen hatten.

Auf Grund des bekannten Wahlausganges mußte nach neuen Formen der politischen und parlamentarischen Zusammenarbeit gesucht werden. Die Sozialistische Partei Österreichs und die Freiheitliche Partei Österreichs haben sich entschlossen, eine Koalitionsregierung zu bilden. Sie verfügen im Nationalrat über 102 Mandate. Die ÖVP, die 81 Mandate im Nationalrat hat, wird damit eine starke kontrollierende Opposition bilden. So gesehen darf man wohl sagen, daß diese Koalition nicht eine Koalition gegen irgend jemanden ist, sondern daß eigentlich diese Koalition der Logik des Wahlergebnisses entspricht.

Meine Damen und Herren! Es ist eine neue politische Konstellation, die nunmehr diese Regierung bildet. Es ist damit auch ein politischer Generationswechsel verbunden. Und es wird damit — und das hat der Präsident des Nationalrates bei der konstituierenden Sitzung gesagt — ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Republik eingeleitet.

Dieser Regierungsauftrag, den wir erhalten haben, ist in einer Zeit gegeben worden, in der es wahrhaftig große Probleme gibt. Es ist ein Prozeß politischer, ökonomischer und psychologischer Umwälzungen, den wir erleben und der eine große Herausforderung für die Politik auch in unserem Lande darstellt.

Ich möchte schlagwortartig diese wirklich zentralen Probleme aufzählen, die es gibt:

Ich glaube, daß wir alles daransetzen müssen, die Gefahr eines verheerenden Krieges zu bannen, daß wir die Geißel der Arbeitslosigkeit, die in den westlichen Industriestaaten die Menschen zutiefst bewegt, bekämpfen müssen, daß wir diese ökologische Herausfor-

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

derung aufnehmen, die auf uns zukommt und die vor allem die jungen Menschen in unserer Zeit bewegt, und daß wir einen Beitrag leisten dazu, daß möglichst viele Bürger unseres Landes unsere Gesellschaft als sozial und gerecht empfinden können und die Politik in diesem Lande als korrekt und sauber.

Es sind schwierige Aufgaben, aber ich bin guten Mutes, daß wir diese Aufgaben bewältigen können, wenn wir am Bewährten festhalten, aber auch gleichzeitig den Mut haben, Neues hinzuzufügen, wenn wir die Leistungsfähigkeit und die Fantasie der österreichischen Menschen mobilisieren, wenn wir trotz der notwendigen Auseinandersetzungen über Inhalte und Zielsetzungen der Politik trotzdem das Gemeinsame über das Trennende stellen und wenn wir mit Mut und Energie an die Arbeit gehen, aber auch — wie ich im Nationalrat gesagt habe — mit Demut vor der Größe der Aufgabe, die uns gestellt ist.

Ich schöpfe diese Zuversicht aus der Geschichte der Zweiten Republik in Österreich. Was haben wir durch gemeinsame Arbeit seit 1945 nicht alles erlebt? Und ich sage das nicht ohne persönliche Anteilnahme: Ich selbst war — im Jahr 1945 — 16 Jahre alt und schon in diesen ersten Jahren der Zweiten Republik politisch tätig. Aber wenn ich überlege, was möglich gewesen ist:

Meine Damen und Herren! Wir haben 38 Jahre Frieden und Demokratie in Österreich. Wir haben den Staatsvertrag abschließen können und unter schwierigsten Umständen die Freiheit und die Unabhängigkeit Österreichs erringen können. Wir haben heute eine leistungsfähige Volkswirtschaft aufgebaut und gleichzeitig ein Sozialsystem, das beispielgebend in der Welt ist. Und vor allem — und das ist vielleicht das Besondere und auch das Neue — im Gegensatz zur Ersten Republik: daß heute alle Österreicher an die Lebensfähigkeit dieser Heimat glauben und an die Eigenständigkeit dieses Landes.

Das ist ein Verdienst dreier Generationen von Österreichern. Das ist das Ergebnis des Zusammenwirkens von vielen Menschen und Institutionen, aber auch das Verdienst einer guten Politik, die in Österreich gemacht wurde. Ich nenne stellvertretend für diese Politik Politiker wie Renner, Figl, Raab, Schärp und Kreisky. Und ich tue das in einer Zeit, in der die Politik und die Politiker sehr oft diffamiert werden.

Ich bin überzeugt — und ich möchte das

auch mit Nachdruck sagen, so wie vorhin im Nationalrat —, daß die überwiegende Mehrheit der in der österreichischen Politik tätigen Menschen ihre Aufgaben mit Ernst, mit Idealismus und mit vollem Einsatz erfüllen. Und ich rufe auch hier auf zur Pflichterfüllung in diesem Dienst, aber auch zum Selbstbewußtsein der Politiker, zu jenem Selbstbewußtsein, das wir brauchen, um unsere Arbeit auch tatsächlich erfüllen zu können.

Wir werden in diesem Geist den Privilegienabbau, den wir uns vorgenommen haben, gewissenhaft verwirklichen. Wir werden die Opposition einladen, dabei mitzuarbeiten. Wir wollen vernünftige Lösungen finden und rasch eine Beschlußfassung herbeiführen, sodaß mit 1. Jänner 1984 dieses Gesetz in Kraft treten kann. Aber auch hier möchte ich sagen: Ich weigere mich, auf diesem Gebiet etwa Lizitation zu betreiben.

Ich habe in der Regierungserklärung versucht, eine Bestandsaufnahme im Hinblick auf die Politik von Österreich im letzten Jahrzehnt vorzunehmen. Ich habe aber auch sehr klar und sehr deutlich auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die wir in der Gegenwart vorfinden.

Was die Bestandsaufnahme betrifft, so möchte ich vor allem darauf verweisen, daß wir in Österreich weniger von der weltweiten Arbeitslosigkeit betroffen sind als andere Staaten, daß wir zweifellos ein großes Ansehen als Österreich in der Welt gewonnen haben, daß unser Land sozialer und gerechter und toleranter geworden ist, daß wir die Demokratie weiterentwickeln konnten und daß vielleicht gerade deswegen unser politisches System so stabil geblieben ist.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch auf die Bedeutung der Sozialpartnerschaft hinweisen, die maßgeblich dazu beigetragen hat, daß wir diese Stabilität — diese politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität — in Österreich haben.

Was nun die Schwierigkeiten betrifft, so muß ich mit aller Deutlichkeit auf die außerordentliche Anspannung des Staatshaushaltes hinweisen. Wir müssen die Differenz von Einnahmen und Ausgaben in vertretbaren Grenzen halten, und wir werden dabei auch nicht zurückschrecken dürfen vor unpopulären Maßnahmen, die notwendig sein werden.

Ich möchte in dem Zusammenhang auf das Problem der Sozialversicherung hinweisen — auch ein heißes Eisen, das wir anfassen wol-

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

len —, auf den Umweltschutz, wo es zweifellos einen sehr, sehr großen Nachholbedarf gibt, und darauf, daß wir uns anstrengen werden müssen, mehr Vertrauen der Menschen in die Politik unseres Landes zu gewinnen.

Die Bundesregierung übernimmt ihre Aufgabe in der Zeit der größten Weltwirtschaftskrise seit vielen, vielen Jahren. Es gibt 35 Millionen Arbeitslose in den westlichen Industriestaaten. Es ist überhaupt keine Frage, daß dies die größte Herausforderung für die Politik darstellen muß.

Daher meine ich, daß die Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik darin liegen, daß wir uns bemühen, ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau zu halten, daß wir ein investitionsfreundliches Klima auf der Angebotseite schaffen müssen und auf der Nachfrageseite durch die Stärkung der Massenkaufkraft zur Sicherung des Absatzes beitragen sollen.

Wir bekennen uns zu einer Politik eines qualitativen Wirtschaftswachstums. Dabei plant die Bundesregierung, daß große und beschäftigungswirksame Aufträge für die Wirtschaft durch die Fortschreibung des zehnjährigen Investitionsprogramms erfolgen sollen, daß zusätzliche Förderungsmittel in der Höhe von einer Milliarde Schilling sowohl für den industriellen Bereich wie für die Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe zur Verfügung stehen werden, daß wir trachten wollen, besser und mehr Exportmöglichkeiten zu schaffen, im allgemeinen und im besonderen für Klein- und Mittelbetriebe.

Ein Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik wird der Bereich der Innovationspolitik sein; wir werden eine Innovationsagentur gründen.

Wir wollen ein Sonderwohnbauprogramm zur Errichtung von 10 000 zusätzlichen Wohnungen entwickeln. Wir werden geförderte Kredite für die Althausanierung und die Stadterneuerung zur Verfügung stellen.

Wir werden die Investitionen für Bahn, Post und Telefon aufstocken.

Wir werden das Konferenzzentrum so fertigstellen, daß es 1986 in Betrieb gehen kann.

Wir werden die Errichtung des Marchfeldkanals in Angriff nehmen.

Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung sieht im industriell-gewerblichen Bereich einen Motor der

wirtschaftlichen Entwicklung. Wir müssen den Umstrukturierungsprozeß beschleunigen. Wir müssen die Vorteile der hohen Qualifikation unserer Arbeiter und Angestellten in Österreich dafür nutzen, und wir müssen die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen steigern.

Die Bundesregierung betrachtet den industriellen Sektor als eine Einheit. Allerdings hat der Bund als Eigentümer der verstaatlichten Industrie eine besondere Verantwortung zu tragen. In einer Zeit einer großen Branchenkrise gibt es gewaltige Aufgaben, gerade für die verstaatlichten Betriebe. Es ist daher notwendig, daß wir für die Zuführung ausreichender Mittel an diesen Teil unserer Wirtschaft Sorge tragen.

Von größter Bedeutung, meine Damen und Herren, erachtet die Bundesregierung die österreichischen Klein- und Mittelbetriebe. Wir danken ihnen die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus, und wir stellen fest, daß ihre Anpassungsfähigkeit und ihre Marktnähe dazu beigetragen haben, wirtschaftliche Probleme besser zu bewältigen.

Wir werden daher alles tun für die Modernisierung und für die Wettbewerbsfähigkeit dieser Zweige der Wirtschaft.

In diesem Zusammenhang muß im besonderen auf die Bedeutung des Fremdenverkehrs in Österreich verwiesen werden, der aus den verschiedensten Gründen für uns von größter Bedeutung ist: für viele Regionen in Österreich, für die Leistungsbilanz in unserem Land und sicherlich auch dafür, daß wir einen hohen Beschäftigungsstand halten können.

Ebenso muß in diesem Zusammenhang die Energiepolitik genannt werden, die ebenfalls einen breiten Raum in der Regierungserklärung einnimmt.

Besonders bemühen wollen wir uns um den Ausbau der Exportwirtschaft. Wir werden hier verschiedene Maßnahmen setzen. Ich darf darauf hinweisen, daß Österreich alle Maßnahmen ablehnt, die die Freizügigkeit des internationalen Handels beeinträchtigen.

Ziel unserer Währungspolitik wird es sein, unseren Schilling als starke und stabile Währung zu erhalten, um auch für die Zukunft einen Orientierungsrahmen für unsere Wirtschaft zur Verfügung zu stellen.

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

Was die Budgetpolitik betrifft, wissen Sie alle, daß in Zeiten einer so allgemeinen wirtschaftlichen Krise die Haushalte aller Industriestaaten hohe Abgänge aufweisen. Einerseits gibt es rückläufige Staatseinnahmen durch geringere Wachstumsraten, andererseits mehr Staatsausgaben durch zusätzliche notwendige beschäftigungswirksame Maßnahmen.

Wir haben in Österreich der Beschäftigungspolitik im letzten Jahrzehnt bewußt Vorrang gegeben und die Budgetpolitik ebenso bewußt dafür eingesetzt, um negative Auswirkungen der Krise auf die österreichische Wirtschaft so weit als möglich fernzuhalten.

Wir werden vom Grundsatz her diese expansive Budgetpolitik fortsetzen, soweit das irgend vertretbar ist und soweit es mit der Sicherung eines hohen Beschäftigungsniveaus, mit der Belebung der Wirtschaft und mit der Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit verbunden ist.

Meine Damen und Herren! Seit 1970 haben Bundesinvestitionen in Österreich in der Höhe von 520 Milliarden Schilling stattgefunden. Ich möchte aber gar nicht verschweigen, daß in derselben Zeit die Finanzschuld Österreichs auf etwa 342 Milliarden Schilling gestiegen ist.

Daher stehen wir vor der Notwendigkeit, bei den Ausgaben strengste Maßstäbe der Sparsamkeit anzulegen und auf der Einnahmenseite zusätzliche Maßnahmen zu setzen.

Wir werden ab 1. Jänner 1984 die Anonymitätsgebühr einführen, wir werden eine Abgabe auf den Energieverbrauch für den Umweltfonds, den wir schaffen wollen, einführen, wir werden die Wohnungsbeihilfe umwidmen, um die sozialen Aufgaben leichter bewältigen zu können, wir werden in Zukunft rascher die Tarife und Gebühren anpassen und daher diesen Anpassungsvorgang weniger hoch ansetzen müssen.

Wir werden prüfen, inwieweit Erhöhungen bestimmter Mehrwertsteuersätze notwendig sein werden. Wir werden eine Steuerreform sehr, sehr rasch in die Wege leiten und dabei auch überlegen, welche sachlich nicht mehr gerechtfertigten Ausnahmebestimmungen beseitigt werden können.

Meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung befaßt sich sodann mit dem öffentlichen Bauwesen, mit dem Bundeshochbau,

mit dem Wohnbau und mit dem Straßenbau. Ich brauche hier nicht zu sagen, wie bedeutsam diese Bereiche insgesamt für die Wirtschaft, für die Menschen unseres Landes und für die einzelnen Regionen sind.

Besondere Anstrengungen werden wir aber im Wohnbau machen. Wir werden in diesem Zusammenhang ein Wohnbauförderungsgesetz und ein Wohnbausanierungsgesetz einbringen.

In der Verkehrspolitik wollen wir im besonderen die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs erhöhen und Vorrang geben für umweltfreundliche Verkehrssysteme. Dazu gehört in erster Linie die Modernisierung und Rationalisierung der Österreichischen Bundesbahnen.

Bei der Post werden wir Österreich im Fernmeldebereich an die Telefonvollversorgung heranführen.

Breiten Raum in der Regierungserklärung nimmt der Bereich der Landwirtschaft ein. Prinzipiell will die Bundesregierung die Sicherung und die Verbesserung der Lebensgrundlage der bäuerlichen Bevölkerung erreichen, die krisensichere Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln und erneuerbaren Rohstoffen, die Erhaltung der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Kulturlandschaft als Teil der Umweltpolitik.

In der Regierungserklärung wird eine ganze Reihe von konkreten Maßnahmen im Bereich der Agrarpolitik aufgezählt.

Erstmals in dieser umfassenden Weise und in Verbindung mit vielen anderen Politikbereichen wird in der Regierungserklärung der Umweltschutz behandelt. Ich will auch hier auf das klare Bekenntnis der Bundesregierung zur Erhaltung einer lebenswerten Umwelt und zu einer umweltbewußten Politik verweisen.

Unter anderem werden wir den von mir schon genannten Umweltfonds schaffen, und wir werden auch bei den wirtschaftspolitischen Entscheidungen soweit als irgend möglich ökologische Gesichtspunkte berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf den Wasserwirtschaftsfonds. Gerade die Vertreter der Bundesländer wissen, wie bedeutsam und wie fruchtbringend die Möglichkeiten des Wasserwirtschaftsfonds ausge-

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

schöpft worden sind. Hier wird eine wirkliche Leistung für den Umweltschutz, eine ganz konkrete Leistung für den Umweltschutz seit vielen Jahren vollbracht, auch eine Leistung für unseren Lebensraum insgesamt.

Eines kann in diesem Zusammenhang gesagt werden, meine Damen und Herren: daß sich das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hervorragend bewährt hat, daß es die Umweltproblematik aufgegriffen hat und nicht zuletzt auch über die Gesundheitspolitik einen Beitrag zur Umweltpolitik leistet. Viel deutlicher als früher können wir heute sagen, daß das körperliche, das psychische, das soziale Wohlbefinden nicht zuletzt von den Umweltbedingungen beeinflusst ist. Und wir können so feststellen, daß der Zusammenhang von Gesundheits- und Umweltpolitik im Bewußtsein der Menschen noch nie so klar gewesen ist, wie das heute der Fall ist, und daß wir erkannt haben, daß beides Teile einer ganzheitlichen Gesellschaftspolitik sind.

Es ist verständlich, daß die Sozialpolitik in der Regierungserklärung einen ganz besonders breiten Raum einnimmt. Ich darf vom Grundsätzlichen her sagen, daß wir von der Leitlinie getragen sind, für sozial Benachteiligte besonders aktiv einzutreten, und daß wir die verfügbaren Mittel gezielt zugunsten der sozial Schwächeren einsetzen wollen.

Die Sozialpolitik ist auch eine Voraussetzung — und eine wichtige Voraussetzung — für die politische Freiheit, weil sie soziale Spannungen abbauen hilft und weil sie es ermöglicht, Chancengleichheit zu realisieren.

Die Bundesregierung ist sich der Verantwortung gegenüber den älteren Menschen, die letztlich den Wiederaufbau zustande gebracht haben, bewußt und garantiert die Pensionen.

Im Bereich der Sozialpolitik nimmt natürlich die Arbeitsmarktpolitik eine wichtige Stellung ein, ebenso die Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit, die Verbesserung der Arbeitswelt insgesamt, die verstärkte Mitbestimmung der Arbeitnehmer und natürlich — ich sagte es schon vorhin — die Reform der Sozialversicherung.

Ich hatte vorhin im Nationalrat das Bedürfnis, ein persönliches Wort zur Schaffung eines eigenen Familienministeriums zu sagen.

Meine Damen und Herren! Ich bin fest überzeugt von der Richtigkeit dieses Vorha-

bens gerade im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung, deren Zeugen wir im letzten Jahrzehnt geworden sind.

Für mich ist das Aufgabengebiet eines solchen Ministeriums die gesamte soziale Umwelt: Beruf, Wohnung, Freizeit, Kinder, Jugend, die Senioren, die Familienförderung konkret, der Konsumentenschutz; letztlich vieles von dem, was in der Schule geschieht, im Rechtsbereich, im Sozialbereich, im Behindertenwesen, dort, wo die Familien in Bedrängnis sind.

Es wird viele Kompetenzen für das Familienministerium geben, aber auch sehr viele Koordinationsaufgaben.

Und ich bin auch überzeugt davon, daß sich das Ministerium bewähren wird. So wie sich das Wissenschaftsministerium bewährt hat, das wir geschaffen haben und das in einer ganz bestimmten gesellschaftspolitischen Situation notwendig gewesen ist, und so, wie sich das Gesundheits- und Umweltschutzministerium bewährt hat. Wir können uns heute gar nicht vorstellen, daß wir eine Regierung bilden, ohne ein solches Ministerium dabei zu haben.

Ich komme nun zum Bereich der Rechts- und Sicherheitspolitik, aber ich möchte vorerst gerade hier vor der Länderkammer eine Feststellung treffen.

Die Bundesregierung bekennt sich zum bundesstaatlichen Gedanken. Und auch der Bundeskanzler kommt letzten Endes von der Landespolitik her. Wir werden die schon weit gediehenen Gespräche über das Forderungsprogramm der Bundesländer mit großer Intensität fortsetzen. Partner im Konzept des föderalistischen Zusammenspiels sind aber nicht nur der Bund und die Länder, sondern auch die Gemeinden. Wir werden daher um die Verbesserung der rechtlichen Situation der Gemeinden bemüht sein.

Was den kooperativen Bundesstaat betrifft, so ist ein wesentliches Instrument in unserer Zeit die Regionalpolitik, zu der wir uns voll und ganz bekennen. Wir werden in der Regionalpolitik die aktuellen Entwicklungen berücksichtigen und ganz besonders den von der Rezession betroffenen Regionen, den peripheren Gebieten in Österreich und den entwicklungsschwachen Gebieten in Österreich Priorität einräumen. Und wir sind bereit, weiterhin Staatsverträge nach Artikel 15 a des Bundes-Verfassungsgesetzes abzuschließen oder zu erneuern.

16842

Bundesrat — 434. Sitzung — 31. Mai 1983

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

Besonderes Augenmerk, meine Damen und Herren, wird die Bundesregierung auch den Anliegen der ethnischen Minderheiten zuwenden. Wir werden den Dialog mit den Volksgruppen intensiv fortsetzen.

Die Bundesregierung wird alles tun, um die Freiheit der Bürger zu gewährleisten und die Probleme der öffentlichen Sicherheit zu bewältigen. Wir werden um die Ausstattung von Gendarmerie und Polizei besorgt sein, und wir werden uns bemühen, die Beziehungen zwischen Bevölkerung und Exekutive zu verbessern.

Die Bundesregierung bekennt sich zur Fortsetzung der Rechtsreform und wird sich ganz besonders neben der Rechtsgestaltung auch die Rechtsverwirklichung angelegen sein lassen. Sie geht in der Rechtspolitik davon aus, daß es umso mehr Gerechtigkeit gibt, je besser die Justiz funktioniert, und daß, je besser die Justiz funktioniert, desto glaubwürdiger die Demokratie sein kann. Es wird in aller nächster Zeit wichtige Vorlagen auf diesem Gebiet geben. Wir haben heute schon anläßlich der Ministerratssitzung zwei wichtige Gesetze dem Parlament vorgelegt. *(Vorsitzender-Stellvertreter Schipani übernimmt die Geschäftsführung.)*

Die Bundesregierung bekennt sich zur umfassenden Landesverteidigung und setzt sich auf dem Gebiet der militärischen Landesverteidigung vorbehaltlos für den Ausbau des Milizsystems ein.

Im Bereich von Bildung, Forschung, Wissenschaft und Kultur verweise ich auf folgende Grundsätze:

Wir wollen die österreichische Schule modern und menschlich gestalten, für Chancengleichheit sorgen und um die Entwicklung der Partnerschaft in der Schule bemüht sein.

Von Wissenschaft und Forschung erwarten wir uns entscheidende Impulse für die Bewältigung der Zukunft unseres Landes. Unsere Universitäten sollen allen offenstehen. Es wird keinen Numerus clausus geben, aber damit auch keine Garantie auf ganz bestimmte Berufe.

Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst, zur Vielfalt ihrer Ausdrucksformen und zu einem Klima der Liberalität. Kunst und Kultur dürfen nicht Vorrecht einiger weniger bleiben.

Meine Damen und Herren! Die österreichi-

sche Außenpolitik hat in einer Welt, die sich rasch verändert, weiterhin die Unabhängigkeit und die Selbständigkeit der Republik zu gewährleisten. Auf der Grundlage des Staatsvertrages und der immerwährenden Neutralität gilt es, eine aktive Neutralitätspolitik fortzuführen, die den Menschen eine Existenz in Frieden und die Vorteile der internationalen Zusammenarbeit sichert. Österreich hat eine permanente Verpflichtung, für die Erhaltung und die Sicherung der deutschsprachigen Volksgruppe sowie für die Gewährleistung der Autonomie in Südtirol einzutreten.

Betonen möchte ich auch unser Bekenntnis zur Friedenspolitik, zu einer Politik der Entspannung und zur Aufgabe, für eine ausgewogene Abrüstung einzutreten, sowie zu einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit und zu einer humanitären Flüchtlingspolitik, die uns in der ganzen Welt Ansehen eingebracht hat.

Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Wir haben in Österreich eine beachtliche Mäßigung und Versachlichung der politischen Auseinandersetzung im Vergleich zur Vergangenheit erreicht. Aber gleichzeitig verspüren wir die Gefahr, daß manche meinen, daß anonyme Kräfte tätig sind und daß es eine Einschränkung ihrer eigenen Entscheidungsbereiche gibt. Wohlfahrt und Wohlstand haben sich in Österreich in einem beachtlichen Maße erhöht. Aber gleichzeitig geben sich viele junge Menschen damit nicht zufrieden, sie suchen neue Lebensqualitäten, neue Werte und neue Lebensformen.

Die soziale Entwicklung und der technische Fortschritt haben die Bewältigung des Lebens in Beruf und Alltag sehr erleichtert. Aber unverkennbar damit verbunden sind die Belastung der Umwelt und die Gefährdung des Lebensraumes.

All das bringt neue politische und gesellschaftliche Tatbestände mit sich, vor allem ein stark polarisiertes Denken der Generationen und die Gefahr eines einseitigen, eindimensionalen Engagements. Ich meine daher, daß es eine der großen Aufgaben in den nächsten Jahren sein wird, eine neue Integration des politischen Denkens zu erreichen. Politik muß wieder eine Einheit werden, in der Mensch und Gesellschaft, Wachstum und Lebensqualität, Technik und Natur, Ökonomie und Ökologie ihren Raum finden. Wir brauchen eine neue Partnerschaft der Generationen, eine Verbindung von Erfahrung und Ausblick, von Lebensweisheit und Phantasie.

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

Wir brauchen aber ebenso die Bereitschaft zur konkreten Arbeit heute und hier sowie das Aufspüren praktikabler Lösungen für das, was vor uns steht. Ich weiß schon, daß das alles sehr, sehr kompliziert ist, so kompliziert wie die Welt von heute, in der wir leben, und die Gesellschaft, in der wir uns entfalten wollen. Ich meine, wir brauchen mehr Mut, auf diese Kompliziertheit in aller Öffentlichkeit immer wieder hinzuweisen; darauf hinzuweisen, daß es in Wahrheit in einer pluralistischen Demokratie perfekte Lösungen für alles und jedes nicht geben kann. Wir müssen trachten, mit diesen simplen Denkmustern in der Politik fertig zu werden, und wir sollten uns bemühen, die notwendigen Auseinandersetzungen ohne Herabwürdigung der Politik zu führen.

Wir haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß es immer leichter wird, etwas zu verhindern, und immer schwerer, etwas zu verwirklichen. Wir sollten daher ausbrechen aus einer Situation des Immobilismus, des Negativismus und des sterilen Kulturpessimismus. Wir sollten nein sagen zu einer Haltung des Kleinmuts, aber ja zu solidarischer Anstrengung und Leistungsbereitschaft, ja zum Glauben an die Leistungsfähigkeit einer freien Gesellschaft, ja zur Zukunft unserer Heimat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler für die Abgabe der Regierungserklärung.

Es ist mir der Antrag beider Fraktionen zugekommen, über die Erklärung der Bundesregierung in der nächsten Sitzung des Bundesrates eine Debatte abzuführen.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Antrag zustimmen, um ein Handzeichen. — Dies ist Stimmeneinhelligkeit.

Der Antrag auf Durchführung einer Debatte über die Erklärung der Bundesregierung in der nächsten Sitzung des Bundesrates ist somit **a n g e n o m m e n**.

**3. Punkt: Ausschlußergänzungswahlen**

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wir gelangen nunmehr zum 3. Punkt der Tagesordnung: Ausschlußergänzungswahlen.

Durch das Ausscheiden von sieben Mitgliedern des Bundesrates und die vom Wiener Landtag durchgeführten Neuwahlen sind

Ausschlußergänzungswahlen notwendig geworden.

Die eingereichten Wahlvorschläge wurden vervielfältigt und an alle Mitglieder des Bundesrates verteilt.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich über die Wahlvorschläge unter einem durch Handzeichen abstimmen lassen. — Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Bundesrates, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. — Die Wahlvorschläge sind somit **e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n**.

Ein Verzeichnis der neu beziehungsweise wiederbesetzten Ausschlußmandate wird dem Stenographischen Protokoll der heutigen Sitzung angeschlossen werden.

Die Tagesordnung ist somit erschöpft.

Bevor ich die Sitzung schließe, gebe ich noch bekannt, daß seit der letzten Sitzung des Bundesrates eingelangt sind:

ein Außenpolitischer Bericht der Bundesregierung über das Jahr 1982 (III-77 der Beilagen) sowie

eine Anfrage der Staatsanwaltschaft Klagenfurt betreffend die Erteilung der Ermächtigung durch den Bundesrat zur Strafverfolgung wegen einer öffentlichen Beleidigung der Länderkammer.

Der Bericht der Bundesregierung wurde dem Außenpolitischen Ausschluß und die Anfrage der Staatsanwaltschaft Klagenfurt dem Rechtsausschluß zur weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Weiters, meine Damen und Herren, möchte ich auf einen Fehler im Arbeitsplan, der uns unterlaufen ist, hinweisen. Hier soll es richtigerweise nicht „13. Oktober“, sondern „Mittwoch, der 12. Oktober“ heißen.

Die Einberufung der nächsten Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin ist Freitag, der 24. Juni 1983, 9 Uhr in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen neben einer Debatte über die Regierungserklärung jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet

16844

Bundesrat — 434. Sitzung — 31. Mai 1983

**Vorsitzender-Stellvertreter Schipani**

haben wird, soweit sie dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegen.

Außerdem wird die Bestellung des Büros des Bundesrates für das 2. Halbjahr 1983, soweit es zu wählen ist, vorzunehmen sein.

Die Ausschußvorberatungen sind für Mitt-

woch, den 22. Juni 1983, ab 16 Uhr vorgesehen.

Bevor ich die Sitzung schließe, mache ich noch darauf aufmerksam, daß anschließend verschiedene Ausschüsse zur Nachbesetzung von freigewordenen Ausschlußfunktionen zusammentreten.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 15 Uhr 50 Minuten****Anhang****Noten von Landtagen****Der Erste Präsident  
des Oberösterreichischen Landtages**

Wahl eines Mitgliedes  
und eines Ersatzmannes  
des Bundesrates

An die  
Parlamentsdirektion  
Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 Wien

Das Mitglied des Bundesrates Max Lakitsch und dessen Ersatzmann Karl Wöllert haben ihre Mandate mit Wirkung vom 15. April 1983 zurückgelegt. Ablichtungen der Verzichtserklärungen von Max Lakitsch und Karl Wöllert liegen bei.

Der Oberösterreichische Landtag hat in seiner Sitzung am 15. April 1983 gemäß Art. 35 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und Art. 22 des Oö. Landes-Verfassungsgesetzes 1971 eine Nachwahl durchgeführt. Es wurden gewählt:

Als Mitglied:

an sechster Stelle: Edith Paischer, geb. 24. Mai 1929, Hausfrau, Anton-Wöckl-Straße 10, 5280 Braunau.

Als Ersatzmann:

an sechster Stelle: Karl Gerbel, geb. 10. September 1939, Angestellter, Weinheberstraße 7, 4020 Linz.

Der Erste Präsident:  
Johanna Preinstorfer

**Der Präsident  
des Steiermärkischen Landtages**

An den  
Herrn Vorsitzenden des Bundesrates  
Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 Wien

Frau Bundesrat Dr. Lindi Kalnoky und das Ersatzmitglied des Bundesrates, Frau Elfriede Kolbl, haben mit Wirkung vom 9. Mai 1983 ihre Mandate zurückgelegt.

In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 10. Mai 1983 wurden

als Mitglied W. Hofrat Primarius DDr. Gerd Stepantschitz, ärztlicher Leiter des Landeskrankenhauses Graz, 8010 Graz, Wegenergasse 18 und

neuerlich als Ersatzmitglied Elfriede Kolbl, Vertragsbedienstete, 8254 St. Anna, Frutten 38  
in den Bundesrat entsendet.

Der Präsident  
des Steiermärkischen Landtages:  
Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren

**Der Erste Präsident  
des Oberösterreichischen Landtages**

Wahl von zwei Ersatzmännern  
des Bundesrates

An die  
Parlamentsdirektion  
Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 Wien

Das Mitglied des Bundesrates Ing. Leopold Helbich sowie der Ersatzmann für das Mitglied Engelbert Lengauer Johann Hofer haben auf Grund ihrer Wahl in den National-

rat ihre Mandate mit Wirkung vom 19. Mai 1983 zurückgelegt. Ablichtungen der Verzichtserklärungen von Ing. Leopold Helbich und von Johann Hofer liegen bei.

Auf das freigewordene Mandat des bisherigen Bundesrates Ing. Leopold Helbich ist von Gesetzes wegen sein Ersatzmann Erich Holzinger nachgerückt.

Für die Entsendung eines Ersatzmannes für den an fünfter Stelle gereihten Bundesrat Erich Holzinger und für den an zehnter Stelle gereihten Bundesrat Engelbert Lengauer hat der Oö. Landtag in seiner Sitzung am 19. Mai 1983 gemäß Art. 35 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und Art. 22 des Oö. Landes-Verfassungsgesetzes 1971 eine Nachwahl durchgeführt.

Es wurden gewählt:

Als Ersatzmänner:

an fünfter Stelle: Dr. Gerfrid Gaigg, Wirtschaftsjurist, geb. 15. Juli 1932, Scharitzerstraße 2, 4020 Linz;

an zehnter Stelle: Eduard Pieringer, KFZ-Elektriker, geb. 8. Jänner 1943, Blütenstraße 1, 4210 Gallneukirchen.

Der Erste Präsident:  
Johanna Preinstorfer

#### **Der Präsident des Landtages von Niederösterreich**

Betrifft: Dietmar Prorok,  
Wahl zum Ersatzmann des Bundesrates

An den  
Vorsitzenden des Bundesrates  
Herrn Franz Tratter  
Parlament  
1017 Wien

Das Mitglied des Bundesrates, Herr Johann Windsteig, hat sein Mandat mit Erklärung vom 19. Mai 1983 zurückgelegt. An seine Stelle rückt der ehemalige Ersatzmann, Frau Theodora Konecny, Kindergarteninspektorin i. R., Neubaugasse 1, 2261 Angern/March, über Vorschlag des Klubs der Sozialistischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs nach.

Der Landtag von Niederösterreich hat daher, ebenfalls auf Vorschlag des Klubs der Sozialistischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs, in seiner Sitzung am 26. Mai

1983 Herrn Dietmar Prorok, Angestellter der PVA, Seegasse 5, 2230 Gänserndorf, zum Ersatzmann des Mitgliedes des Bundesrates, Theodora Konecny, gewählt.

Die Kanzlei des Bundesrates wurde zu Händen des Herrn Direktors des Bundesrates, Parlamentsvizedirektor Dr. Reinhold Ruckser, verständigt. Ebenso wird das Bundeskanzleramt, Sektion V/A/2, von der Wahl in Kenntnis gesetzt.

Präsident:  
Ferdinand Reiter

#### **Der Präsident von Niederösterreich**

Betrifft: Rosemarie Bauer,  
Wahl zum Mitglied des Bundesrates

An den  
Vorsitzenden des Bundesrates  
Herrn Franz Tratter  
Parlament  
1017 Wien

Das Mitglied des Bundesrates, Herr Franz Stocker, hat sein Mandat mit Erklärung vom 19. Mai 1983 zurückgelegt.

Der Landtag von Niederösterreich hat daher, auf Vorschlag des Nö. Landtagsklubs der österreichischen Volkspartei, in seiner Sitzung am 26. Mai 1983 Frau Rosemarie Bauer, Fachschuldirektor, Buchenweg 6, 2020 Hollabrunn, zum Mitglied des Bundesrates gewählt.

Die Kanzlei des Bundesrates wurde zu Händen des Herrn Direktors des Bundesrates, Parlamentsvizedirektor Dr. Reinhold Ruckser, verständigt. Ebenso wurde das Bundeskanzleramt, Sektion V/A/2, von der Wahl in Kenntnis gesetzt.

Präsident:  
Ferdinand Reiter

#### **Landtag von Niederösterreich Landtagsdirektion**

Betrifft: Julius Kieweg,  
Wahl zum Ersatzmann des Bundesrates

An den  
Vorsitzenden des Bundesrates  
Herrn Franz Tratter  
Parlament  
1017 Wien

Im Nachhang zum ha. Schreiben vom 26.

16846

Bundesrat — 434. Sitzung — 31. Mai 1983

Mai 1983, Ltg.-564-1983, wird mitgeteilt, daß der bisherige Ersatzmann des Bundesrates, Kieweg Julius, 2000 Stockerau, Schießstattgasse 12, laut Verzichtserklärung vom 19. Mai 1983 auf das freigewordene Mandat als Mitglied des Bundesrates verzichtete und daher als Ersatzmann für Frau Bundesrat Rosemarie Bauer, 2020 Hollabrunn, Buchenweg 6, wiedergewählt wurde.

Die Kanzlei des Bundesrates wurde zu Händen des Herrn Direktors des Bundesrates, Parlamentsvizedirektor Dr. Reinhold Ruckser, verständigt. Ebenso wurde das Bundeskanzleramt, Sektion V/A/2, von der Wahl in Kenntnis gesetzt.

Der Landtagsdirektor:  
Dr. Krause  
Wirkl. Hofrat

#### Der Präsident des Wiener Landtages

An den  
Vorsitzenden des Bundesrates  
z. Hdn. Herrn Parlamentsvizedirektor  
Dr. Reinhold Ruckser  
Parlament  
1017 Wien

Der Wiener Landtag hat in seiner konstituierenden Sitzung vom 27. Mai d. J. folgende Damen und Herren mit nachstehender Reihung zu Mitgliedern bzw. Ersatzmitgliedern des Bundesrates gewählt:

#### Mitglieder:

1. Stelle: Reinhold Suttner
2. Stelle: Dkfm. Dr. Karl Pisec
3. Stelle: Kurt Heller
4. Stelle: Johann Schmölz
5. Stelle: RegRat Rudolf Sommer
6. Stelle: Dkfm. Alfred Hintschig
7. Stelle: Dr. Erika Danzinger
8. Stelle: Norbert Tmej
9. Stelle: Walter Strutzenberger

10. Stelle: Prof. Dr. h. c. Manfred Mautner Markhof, geb. 6. Februar 1927, 11, Dittmann-gasse 6

11. Stelle: Prof. Dr. Harald Ogris

12. Stelle: Rudolf Nürnberger, geb. 5. September 1945, ZA: 4, Plößlgasse 15.

#### Ersatzmitglieder:

1. Stelle: LAbg. Prof. Leopold Wiesinger, geb. 2. Oktober 1920, ZA: 21, Franz-Jonas-Platz 8

2. Stelle: LAbg. Dr. Peter Mayr, geb. 27. Juni 1937, 15, Mariahilfer Straße 173/I/9

3. Stelle: LAbg. Leopold Mayrhofer

4. Stelle: BV. Maximilian Eder, geb. 26. Oktober 1924, 15, Goldschlagstraße 84/5/I/7

5. Stelle: LAbg. Dr. Günther Goller, geb. 18. September 1928, ZA: 1082 Rathaus

6. Stelle: LAbg. Eveline Andrlik, geb. 14. Jänner 1935, 2, Engerthstraße 232—238/3/V/17

7. Stelle: LAbg. Ing. Günther Engelmayer, geb. 28. Mai 1941, ZA: 1, Hohenstauffengasse 12

8. Stelle: LAbg. Herbert Dinhof

9. Stelle: BV. Rudolf Bedner, geb. 20. Mai 1920, 2, Wehlstraße 366/8/13

10. Stelle: LAbg. KommRat Werner Haubenburger, geb. 8. Dezember 1941, ZA: 14, Zehetnergasse 35

11. Stelle: LAbg. Elisabeth Schindler, geb. 24. September 1927, ZA: 12, Ruckergasse 40

12. Stelle: LAbg. Ing. Walter Hofstetter, geb. 17. Februar 1927, 19, Zum weißen Kreuz 5.

Um gefällige Kenntnisnahme wird ersucht.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Hubert Pfoch

Erster Präsident

#### Verzichtserklärung von Bundesrat Dkfm. Dr. Stummvoll

An den  
Vorsitzenden des Bundesrates  
Herrn Franz Tratter  
Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 Wien

Betrifft: Mandatsniederlegung

Mit Rücksicht auf meine Berufung in den Nationalrat lege ich unter Bedachtnahme auf Art. 59 Abs. 1 B-VG mein Mandat als Mitglied des Bundesrates zurück.

Stummvoll

#### **Schreiben des Bundeskanzleramtes**

**Republik Österreich  
Der Bundeskanzler**

An den  
Vorsitzenden des Bundesrates  
Franz Tratter  
Parlament  
1017 Wien

Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschliebung vom 26. April 1983, Zl. 1002/10/83, auf Grund meines Vorschlages, der auf einem entsprechenden Beschluß der Bundesregierung in ihrer Sitzung am 26. April 1983 und den diesbezüglichen Ersuchen der Staatssekretäre beruht, die Bundesregierung und die Staatssekretäre gemäß Artikel 74 Absatz 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 ihrer Ämter enthoben und gleichzeitig die Mitglieder der Bundesregierung gemäß Artikel 71 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 bis zur Bildung einer neuen Bundesregierung mit der Fortführung der Verwaltung der bisher innegehabten Ämter und mich mit dem Vorsitz in der einstweiligen Bundesregierung betraut hat.

Ferner hat der Herr Bundespräsident auf meinen Vorschlag gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 78 Absatz 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 die bisherigen Staatssekretäre neuerlich ernannt, und sie mir, bzw. jenen mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Bundesministern, die sie schon bisher in der Geschäftsführung und parlamentarischen Vertretung unterstützt haben, beigegeben.

Kreisky

**Republik Österreich  
Der Bundeskanzler**

An den  
Vorsitzenden des Bundesrates

Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschliebung vom 24. Mai 1983, Zl. 1002/12/83, Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky vom Vorsitz in

der einstweiligen Bundesregierung und von der Fortführung der Verwaltung des Bundeskanzleramtes sowie die mit der Fortführung der Verwaltung betraute Bundesregierung und die Staatssekretäre vom Amte enthoben hat.

Der gemäß Artikel 69 Abs. 2  
Bundes-Verfassungsgesetz  
den mit der Fortführung  
der Verwaltung  
betrauten Bundeskanzler  
vertretende Vizekanzler  
Fred Sinowatz

**Republik Österreich  
Der Bundeskanzler**

An den  
Vorsitzenden des Bundesrates  
Parlament  
1017 Wien

Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschliebung vom 24. Mai 1983, Zl. 1003/11/83, mich gemäß Artikel 70 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 zum Bundeskanzler ernannt hat.

Weiters hat der Herr Bundespräsident auf meinen Vorschlag ernannt:

Gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 77 Absatz 4 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Norbert Steger zum Vizekanzler und zum Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie,

gemäß Artikel 70 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Abgeordneten zum Nationalrat Erwin Lanc zum Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten,

den Abgeordneten zum Nationalrat Karl Sakanina zum Bundesminister für Bauten und Technik,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Herbert Salcher zum Bundesminister für Finanzen,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Kurt Steyrer zum Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz,

16848

Bundesrat — 434. Sitzung — 31. Mai 1983

den Abgeordneten zum Nationalrat Karl Blecha zum Bundesminister für Inneres,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Harald Ofner zum Bundesminister für Justiz,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Friedhelm Frischenschlager zum Bundesminister für Landesverteidigung,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Ing. Günter Haiden zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,

den Abgeordneten zum Nationalrat Alfred Dallinger zum Bundesminister für soziale Verwaltung,

den Professor Dr. Helmut Zilk zum Bundesminister für Unterricht und Kunst,

den Abgeordneten zum Nationalrat Karl Lausecker zum Bundesminister für Verkehr,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Heinz Fischer zum Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

und gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 78 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

die Abgeordnete zum Nationalrat Elfriede Karl zum Bundesminister ohne Portefeuille.

Ferner hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 78 Absatz 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

Frau Johanna Dohnal zum Staatssekretär,

Dkfm. Ferdinand Lacina zum Staatssekretär,

Senatsrat Dr. Franz Löschnak zum Staatssekretär

ernannt und sie zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundeskanzler beigegeben;

die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Beatrix Eypeltauer zum Staatssekretär ernannt und sie zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Bauten und Technik beigegeben;

den Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Holger Bauer zum Staatssekretär ernannt und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Finanzen beigegeben;

Dr. Mario Ferrari-Brunnenfeld zum Staatssekretär ernannt und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz beigegeben;

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Erich Schmidt zum Staatssekretär ernannt und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie beigegeben;

Ing. Gerulf Murer zum Staatssekretär ernannt und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft beigegeben.

Fred Sinowatz

#### **Besetzung von Ausschußmandaten auf Grund der vom Bundesrat in seiner (434.) Sitzung am 31. Mai 1983 durchgeführten Ausschüßergänzungswahlen**

##### **Außenpolitischer Ausschuß**

##### **Mitglieder:**

##### **(ÖVP)**

Dr. Erika Danzinger (wie bisher)  
Dr. h. c. Manfred Mautner-Markhof (bisher)  
Ing. Leopold Helbich  
Dkfm. Dr. Karl Pisec (wie bisher)

##### **(SPÖ)**

Kurt Heller (wie bisher)  
Theodora Konecny (bisher Johann Windsteig)

##### **Ersatzmitglieder:**

##### **(SPÖ)**

Dr. Harald Ogris (wie bisher)  
Johann Schmölz (wie bisher)  
Reinhold Suttner (wie bisher)

**Finanzausschuß****Mitglieder:**

(ÖVP)

Dr. Erika Danzinger (wie bisher)  
 Dr. Martin Strimitzer (bisher Ing. Leopold Helbich)

(SPÖ)

Johann Schmölz (wie bisher)  
 Reinhold Suttner (wie bisher)  
 Norbert Tmej (wie bisher)

**Ersatzmitglieder:**

(ÖVP)

Dkfm. Dr. Karl Pisec (wie bisher)

(SPÖ)

Kurt Heller (wie bisher)  
 Dkfm. Alfred Hintschig (wie bisher)  
 Rudolf Nürnberger (bisher Elisabeth Dittrich)  
 Dr. Harald Ogris (wie bisher)

**Geschäftsordnungsausschuß****Mitglieder:**

(ÖVP)

Karl Kaplan (bisher Ing. Leopold Helbich)  
 Erwin Köstler (bisher Dkfm. Dr. Günter Stummvoll)  
 Rudolf Sommer (wie bisher)

(SPÖ)

Theodora Konecny (bisher Johann Windsteig)  
 Dr. Harald Ogris (wie bisher)

**Ersatzmitglieder:**

(ÖVP)

Paul Raab (bisher Karl Kaplan)

(SPÖ)

Walter Strutzenberger (wie bisher)

**Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft****Mitglieder:**

(SPÖ)

Theodora Konecny (bisher Johann Windsteig)  
 Edith Paischer (bisher Max Lakitsch)

**Ersatzmitglieder:**

(ÖVP)

Rosemarie Bauer (bisher Ing. Leopold Helbich)  
 Dkfm. Dr. Karl Pisec (wie bisher)

(SPÖ)

Dr. Harald Ogris (wie bisher)

**Rechtsausschuß****Mitglieder:**

(ÖVP)

Rosemarie Bauer (bisher Dkfm. Dr. Günter Stummvoll)  
 Dr. Erika Danzinger (wie bisher)

(SPÖ)

Kurt Heller (wie bisher)  
 Rudolf Nürnberger (bisher Elisabeth Dittrich)  
 Walter Strutzenberger (wie bisher)

**Ersatzmitglieder:**

(ÖVP)

Erich Holzinger (bisher Franz Stocker)  
 Rudolf Sommer (wie bisher)

(SPÖ)

Theodora Konecny (bisher Johann Windsteig)  
 Edith Paischer (bisher Max Lakitsch)  
 Dr. Harald Ogris (wie bisher)

**Sozialausschuß****Mitglieder:**

(ÖVP)

Rosemarie Bauer (bisher Dkfm. Dr. Günter Stummvoll)  
 Dr. Richard Piaty (bisher Dr. Lindi Kalnoky)  
 Rudolf Sommer (wie bisher)  
 DDR. Gerd Stepantschitz (bisher Franz Stocker)

(SPÖ)

Edith Paischer (bisher Max Lakitsch)  
 Reinhold Suttner (wie bisher)

**Ersatzmitglieder:**

(ÖVP)

Dr. Erika Danzinger (wie bisher)  
 Erich Holzinger (bisher Dr. Richard Piaty)

(SPÖ)

Dr. Harald Ogris (wie bisher)

**Unterrichtsausschuß****Mitglieder:**

(ÖVP)

Dr. Erika Danzinger (wie bisher)

16850

Bundesrat — 434. Sitzung — 31. Mai 1983

(SPÖ)  
Dkfm. Alfred Hintschig (wie bisher)  
Rudolf Nürnberger (bisher Elisabeth Dittrich)  
Norbert Tmej (wie bisher)

Ersatzmitglieder:

(ÖVP)  
Rosemarie Bauer (bisher Dr. Lindi Kalnoky)  
Rudolf Sommer (wie bisher)

(SPÖ)  
Dr. Harald Ogris (wie bisher)  
Edith Paischer (bisher Max Lakitsch)  
Walter Strutzenberger (wie bisher)

#### **Unvereinbarkeitsausschuß**

Mitglieder:

(SPÖ)  
Dr. Harald Ogris (wie bisher)  
Walter Strutzenberger (wie bisher)

Ersatzmitglieder:

(ÖVP)  
Dkfm. Dr. Karl Pisec (wie bisher)  
DDr. Gerd Stepantschitz (bisher Franz Stocker)

(SPÖ)  
Dkfm. Alfred Hintschig (wie bisher)  
Norbert Tmej (wie bisher)

#### **Wirtschaftsausschuß**

Mitglieder:

(ÖVP)  
Erich Holzinger (bisher Ing. Leopold Helbich)  
Erwin Köstler (bisher Franz Stocker)

Dr. h. c. Manfred Mautner-Markhof (bisher)  
Dkfm. Dr. Günter Stummvoll  
Dkfm. Dr. Karl Pisec (wie bisher)

(SPÖ)  
Dkfm. Alfred Hintschig (wie bisher)  
Johann Schmölz (wie bisher)

Ersatzmitglieder:

(ÖVP)  
Rosemarie Bauer (bisher Erwin Köstler)  
Dr. Erika Danzinger (wie bisher)

(SPÖ)  
Dr. Harald Ogris (wie bisher)  
Edith Paischer (bisher Max Lakitsch)

#### **Ständiger gemeinsamer Ausschuß des Nationalrates und des Bundesrates im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948**

Mitglieder:

(SPÖ)  
Reinhold Suttner (wie bisher)

Ersatzmitglieder:

(ÖVP)  
Dr. Erika Danzinger (wie bisher)  
Dkfm. Dr. Karl Pisec (wie bisher)  
DDr. Gerd Stepantschitz (bisher Dr. Lindi Kalnoky)

(SPÖ)  
Dkfm. Alfred Hintschig (wie bisher)